

1.

Mit der Gründung der KSZE 1975 startete ein Prozess, der in einer erstaunlich kurzen Zeitspanne von knapp 15 Jahren in das Ende der Block-Konfrontation einmündete. Wer daran beteiligt war als Zeitzeuge, als Diplomat, als Journalist, als Politiker mag sich des Anfangs in sein Gedächtnis zurück rufen: damals schien es, als könnte die Anerkennung der Realität eine Ewigkeitsgarantie für die Machtkonstellation bedeuten, wie sie 1945 nach dem von Hitler-Deutschland vom Zaun gebrochenen Weltkrieg entstanden war. Mit dem Fall der Mauer aber hat sich der Mut zum Risiko als realistisch erwiesen; nur durch Anerkennen ließen sich die Machtverhältnisse ändern.

Alle drei „Körbe“, auf die sich die Staaten in Helsinki einigten, verliehen sich wechselseitig den Schwung, der nötig war, um die Verhältnisse, die versteinert schienen, zum Tanzen zu bringen. Die Menschenrechte und als ihr zentraler Kern der freie Fluss von Informationen, entwickelte seine eigene Dynamik. Von innen und von unten konnten sich Formen zivilgesellschaftlichen bilden, die in relativer Autonomie selbst zu Handeln begannen. Viele nahmen das Diktum Hannah Arendts auf: die Würde des Menschen beginnt mit dem Recht, Rechte zu haben.

Die Diplomatie an der Ständigen Vertretung hat diesen normativen Rahmen ausgestaltet. Leicht war diese Arbeit nicht. Sie hatte es zu tun mit einem Scheinriesen, dem Zinnoberstaat DDR, wie ihn Stefan Wolle treffend beschreibt. Der konnte grausam mörderisch werden, menschenverachtend diktatorisch. Seine innere Schwäche konnte das jedoch im Lauf der 80 er Jahre kaum mehr verbergen. Der Journalismus hat diese Spannungsverhältnisse reflektiert. Die ständig akkreditieren rund 20 Journalisten vom Grundlagenvertrag bis 1989 berichteten offen und mit hoher professioneller Qualität über die Vorkommnisse in der DDR. Viele Reisekorrespondenten zeichneten eher auf Momente hin zugeschnittene Bilder.

2.

Ein Wort über das Wort                      Vaclav Havel, Rede anlässlich des Preises des Deutschen Buchhandels

„Dasselbe Wort kann einmal große Hoffnung ausstrahlen, ein anderes Mal lügnerisch sein. Dasselbe Wort kann einmal ein Baustein des Friedens sein, und ein anderes Mal kann jeder einzelne seiner Laute vom Echo der Maschinengewehre dröhnen.“ Verantwortungsvolle Journalisten sind sich bewusst, welche Worte wie wirken, was sie auslösen, wen sie treffen. „Die Freiheit der Meinungsäußerung ist ein grundlegendes und international anerkanntes Menschenrecht und ein Grundstein einer demokratischen Gesellschaft. Freie, unabhängige und pluralistische Medien sind essentiell für eine freie und offene Gesellschaft und für verlässliches und überprüfbares Regieren“, heißt es im Mandat des OSZE-Beauftragten für die Freiheit der Medien. Freimut Duve stand dafür, herausragend in seiner Kritik, unbeirrbar schonungslos, wenn es um Babitzij, Gongadze oder Politkovskaja ging, um 'Censorship by killing' oder um Berlusconi's Medienmonopol.

Womit beginnt das journalistische Ethos, wenn Vaclav Havel's Wort „vom Versuch, in der Wahrheit zu leben“ Wirklichkeit werden soll? Es beginnt wohl dann, wenn die Stille durchbrochen wird. Eine Stille, die es Mächtigen erlaubt, in welcher Herrschaftsform auch immer, anfechtbares unerlaubtes Handeln hinter einem Schleier des Nichtwissens zu verbergen. Diesen Schleier weg zu ziehen, in die Stille mit einem Wort, gedruckt oder gesendet, für Klarheit zu sorgen, ist die Aufgabe des Journalisten, als Beobachter des Laufs der Ereignisse, als Chronist und als Interpret.

Die Stimme der Machtlosen , der Leidenden hörbar zu machen, damit öffentlich wird, was zugedeckt werden soll – das ist das nicht ersetzbare Ethos der qualitativ nicht hoch genug einzuschätzenden journalistischen Arbeit. Der Mut zu diesem Ethos steckt an. Mit der Solidarnosc in Polen, Charta 77 in der CSSR reifte in der Diktatur die Zivilcourage heran, eine unverzichtbare Bedingung für das Aufwachsen einer Zivilgesellschaft und jede weitere demokratische Entwicklung. Dieser Mut zur Selbstbestimmung nahm den Helsinki Prozess als Berufungsfall. Und er breitete sich aus in allen Ländern Ostmitteleuropas.

3.

Auch im Fall der DDR spitzten sich im Lauf jener Jahre zwischen 1975 und 1990 die Konflikte zwischen der staatlichen Repression und der aufkeimenden zivilgesellschaftlichen Selbstbestimmung zu. Anders als in Polen jedoch sah in der DDR eine Massenbewegung erst ihre Chance gekommen, nachdem die Aktivisten aus der Zivilgesellschaft die erste Bresche in das SED-Herrschaftssystem in Leipzig mit den größer werdenden Montagsdemonstrationen friedlich geschlagen hatten. Medien als Reporter und Vermittler der laufenden Ereignisse verstärkten die Bereitschaft zum Protest. Die Massen nahmen Stichworte der Aktivisten auf und überholten rasch ihre Forderungen. Die Mauer konnte erst fallen und das Zement des Herrschaftssystems erst zerbröseln, nachdem eine Reihe von Bedingungen eingetreten war, die in ihrer Summe revolutionär wirkten. Dazu gehörte neben dem Niedergang der Ökonomie, dem Zerfall der Infrastruktur, den ersten teilfreien Wahlen in Polen, der Reformpolitik von Michail Gorbatschow auch die Überwindung von Angst. Zuvor lebte die große Zahl der Bürgerinnen und Bürger der DDR in der Sehnsucht nach ihrem kleinen und auch großen Glück. Diese Sehnsucht fand auch eine Projektionsfläche. Das waren die elektronischen Westmedien und sporadisch, zufällig oder beim Besuch der Leipziger Buchmessen, die gedruckten Westmedien. Die Macht des Wortes, die Macht des Bildes bestärkte in den Machtlosen ein immerwährendes Wissen, mit anderen verbunden zu sein. Der bedeutungsvollste Mittler, der den `Westen´ im ´Osten´ Platz im Bewusstsein schaffte – wenngleich nur virtuell - war die Präsenz der Medien.

4.

Wie haben sich Journalisten in diesen Widersprüchen bewegt? Zwischen Ethos und Praxis, Menschenrechten und Macht, Demokratie und Diktatur, Freiheit und Repression Pfade zu begehen, damit Informationen gewonnen und Informanten zugleich geschützt werden, ist eine Kunst. Fritz Pleitgen schreibt am 2. Juli 1982 in der Süddeutschen Zeitung:

„Held musste man als Korrespondent in der DDR nicht sein. Die DDR hat ihre Rechtsvorschriften eingebracht nicht (aus) Jux und Dollerei, auch nicht, um uns zu schikanieren. Es war aus meiner Sicht eine Abwehrmaßnahme, eine Notwehr, die ich nicht billigen kann, aber irgendwo verstehen kann. Man hat uns immer wieder dann Entgegenkommen gezeigt, wenn man derartige Dinge nicht aufs Spiel gesetzt sah.“

Wer die Arbeit von Gunter Holzweißig liest, die er für den Berliner Landesbeauftragten Martin Gutzeit 1995 geschrieben hat, dem wird deutlich, unter welchem Druck die akkreditierten Journalisten zu arbeiten hatten. Die Abteilung für journalistische Beziehungen im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und die Staatsicherheit haben nicht nachgelassen, zu versuchen, die bundesrepublikanischen Journalisten unter Kontrolle zu halten. Die Ständige Vertretung ihrerseits hat nicht nachgelassen in ihren Bemühungen, die Handlungsräume der Journalisten zu bewahren. Günter Gaus und Hans-Otto Bräutigam waren gemeinsam mit Eberhard Grashoff die Garanten, um

die Medienfreiheit unter schwierigen Bedingungen zu gewährleisten. Sie gaben Journalisten die Sicherheit, „Einmischung als Beruf“ (Karl-Heinz Baum) zu verwirklichen. Verhindern konnten sie jedoch nicht, was Jörg Mettke, Lothar Löwe, Peter von Loyen und Dieter Bub erfahren mussten. Westmedien waren und blieben bis zum Untergang der DDR im Fadenkreuz der SED, insoweit kann ich Gunter Holzweißig zustimmen. Klassenfeinde waren sie von Beginn an und Entspannungsfreunde seit dem Helsinki-Prozess. In dieser konstruktiven Ambiguität waren sie unersetzbar, um mit realen Bildern aus der DDR zu berichten. Sie halfen entscheidend mit, innerhalb der DDR eine kritische Öffentlichkeit zu ermutigen, die inneren Konflikte im Herrschaftssystem der SED einem breiten Publikum in West und Ost deutlich zu machen und demokratisches Bewusstsein in der Diktatur aufzubauen. Wenn aber demokratisches Bewusstsein stark wird, sprengt dies von Innen am Ende jegliches Vormundhaftliche Regime. In der Summe dieser Wirkung ist einbezogen, was Peter Jochen Winters vor der Enquete-Kommission des deutschen Bundestages sagte: „Wir (hatten) so etwas wie eine Schere im Kopf ... und uns selbst zensierten. Es war immer zu überlegen: Können wir das, was wir erfahren ... so der Öffentlichkeit mitteilen oder müssen wir, um diese Leute zu schützen, darauf verzichten. Auf diese Weise ist eine ganze Menge nicht erschienen.“ (Deutschlandpolitik I, S. 628)

5.

Für Markus Meckel war Vertrauen die Basis des Verhältnisses zwischen den zivilgesellschaftlich Handelnden in DDR und den bundesrepublikanischen Journalisten: „Das waren Karl-Heinz Baum, Hans-Jochen Röder oder Gerhard Rein, um mal drei für mich wichtige Korrespondenten zu nennen, da war einfach Vertrauen, da konnte man etwas sagen. Die haben nicht immer alles gemacht, was wir wollten. Und wir haben nicht immer alles gemacht, was sie wollten. Aber da war eben, wie das so ist zwischen freien Menschen, ein offenes und freies Gespräch“ (S. 631). Rainer Eppelmann bekräftigt: „Ich glaube, nur mit Hilfe der Journalisten haben wir uns freigeschwommen ... und Journalisten (sind) uns dabei behilflich gewesen ... , dass wir nicht ausgetrocknet worden sind“ (S. 634). Als Anwalt der DDR-Bürger (Karl-Heinz Baum) musste der akkreditierte Journalist auch Umwege gehen, denn „wir haben da, wo wir annahmen, dass jemand gefährdet werden könnte ... noch dazu geschrieben, die Informationen stammen aus kirchlichen Kreisen“ (S. 669).

6.

Die innere Entwicklung der DDR haben die akkreditierten Journalisten verantwortungsvoll begleitet. Allein weil sie unvoreingenommen dem demokratischen Aufbruch im Westen eine authentische Stimme gaben, haben sie der friedlichen demokratischen Revolution mit ihrem protestantischen Gesicht eine Kontur verliehen. Erst in der Schlussphase hat die westdeutsche Öffentlichkeit die Terra Incognita DDR über die Medien wirklich wahr genommen. Erst in ihrem Untergang ist die DDR in das volle Bewusstsein der Westdeutschen eingedrungen. Gegen dieses asymmetrische Verständnis an zu arbeiten war schwer. Vielleicht mag es daran gelegen haben, dass die 'Landsleute' im anderen Lager hinter der Mauer zwar als rhetorische Figur dienen konnte, in ihren materiell ärmlichen Lebensverhältnissen aber dem westlichen schlechten Gewissen ein ständiger Stachel im kollektiven Gedächtnis blieb, der im 'unglücklichen' Teil Europas als Rest der Kriegsschuld im Osten seinen Platz gefunden hatte.

Und heute? Gerade wer den Reichtum der russischen Kultur schätzt, wer Schostakowitsch liebt und Malewitsch und Tolstoi – besonders, weil sie in ihrer Kunst offen legen, was sie in ihrem Innersten auseinander reißen -, der vermisst die kritische Auseinandersetzung mit dem Versuch Putins, die Rückkehr großrussisch imperialen Denkens voran zu treiben. Seine eurasische Obsession dementiert

die europäische Bestimmung Russlands. Seine Bündnisse mit Rechtsextremisten sagen der EU den Kampf an. Die universalen Werte der Menschenrechte und der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität werden gefährdet, wenn die beabsichtigte Revision erfolgreich werden würde. Europa war es im letzten Jahrhundert gelungen, die endlose Kette der Gewalt zu durchbrechen. Mit der Europäischen Union haben die europäischen Länder den Nationalismus überwinden können. Mit einer Wiedergeburt des Nationalismus wird sich die Zukunft Russlands verdunkeln. Wir Europäer haben nur eine Chance – unsere Zukunft muss demokratisch sein, frei und solidarisch.

Gert Weisskirchen

23. Mai 2014